

Die Gewerkschaft

Zeitschrift zur Vertretung der wirtschaftlichen und sozialen Interessen der in
Gemeinde- und Staatsbetrieben beschäftigten Arbeiter und Unter-Angestellten
Organ des Verbandes der Gemeinde- und Staatsarbeiter

Redaktion und Expedition: Berlin W57
Winterfeldtstr. 24 (Redakteur: Emil Dittmer)
Fernsprecher: Amt Sühorn Nr. 2746

Staats- und Gemeindebetriebe
sollen Musterbetriebe sein!

Erscheint wöchentlich freitags • Bezugspreis
vierteljährlich durch die Post (ohne Bestellgeld) 2 Mk.
Postzeitungsliste Nr. 3164

Wohnungswesen und Arbeiterschaft.

Wer die Kulturhöhe eines Volkes richtig beurteilen will, der zieht neben dem allgemeinen Bildungsstand der großen Volksmassen ganz besonders auch den Stand ihres Wohnungsweizens als Maßstab heran. Eine wirklich hohe Kultur kann ein Volk in seiner Gesamtheit nur dann haben, wenn es körperlich und geistig gesund ist, und körperlich und geistig gesund kann ein Volk wieder nur sein und bleiben, wenn es neben guter und genügender Nahrung und Kleidung auch genügend gesunde Wohnungen hat. Wer in engen, dunklen und schmutzigen Räumen haust, in die vielleicht das ganze Jahr kein Sonnenstrahl fällt, der muß mit der Zeit an Körper und Seele Schaden leiden und schließlich elend zugrunde gehen, ähnlich wie die Blume zugrunde geht, die man aus einem hellen, sonnigen Zimmer in dumpfe und lichtlose Räume verpflanzt.

Welch große Bedeutung dem Wohnungswesen für die Volksgesundheit zukommt, dafür liefert uns die Statistik einen eindringlichen Beweis. In Berlin z. B., das besonders im Norden und Osten der Stadt zahlreiche ungesunde Massenmietbänker mit geradezu gesundheitsgefährlichen Keller- und niedrigen Hofwohnungen hat, wurden vor dem Kriege von je 100 stellungspflichtigen jungen Männern nur 31,9 als militärfähig befunden, gegen 58,9 in den ländlichen Bezirken. Die Militärfähigkeit in den ländlichen Bezirken war also nahezu doppelt so groß wie in der Großstadt Berlin. Nach Feststellungen der Allgemeinen Ortskrankenkasse der Stadt Berlin sind die Lungenerkrankungen bei ihnen in Berlin geborenen männlichen Mitgliedern aus dem Gewerbebetriebe der Kaufleute, Handelsleute und Apotheker um 15 bis 20 Proz. höher als bei ihnen von außerhalb zugezogenen Mitgliedern. Nach dem statistischen Jahrbuch des preussischen Staates starben auf je 10 000 Einwohner an Tuberkulose: in Ostpreußen 11,9 in der Provinz Brandenburg 13,1 und in Berlin 20 Einwohner. Die hohe Mindererblichkeit in den großstädtischen Massquartieren, besonders in den Seitenflügeln ohne Querlüftung ist allgemein bekannt. Während nach statistischen Feststellungen in 29 Städten auf je 1000 Geburten durchschnittlich 170 Zänghinge sterben, steigt diese Zahl in einzelnen Städten oder Stadtteilen auf 350 und mehr.

Tiefe Beispiele, die sich beliebig vermehren lassen, zeigen besser als viele Worte, welchen Einfluß das Wohnungswesen auf die Volksgesundheit hat. Gute und gesunde Wohnungen sind geradezu die Voraussetzung für die Gesundheit des Volkes. Darum ist jeder Volksgenosse, soweit er nicht als Hausbesitzer oder Grundrentner von volkschädigendem Eigentum arbeitet wird, und darum ist auch das Volksganze, der Staat, an dem Vorhandensein ausreichender, guter und gesunder Wohnungen interessiert. Denn nur ein körperlich und geistig gesundes Volk ist auch zugleich ein wehrhaftes Volk, und nur

ein solches Volk wird in der Weltwirtschaft den Wettbewerb anderer Völker aushalten können.

Ist aber der Staat und jeder einzelne Volksgenosse an der Verbesserung unseres Wohnungswesens interessiert, so sind dies die Arbeiter in ganz besonderem Maße. Denn sie sind es ja, die unter dem bestehenden Wohnungselend am allermeisten zu leiden haben. Infolge ihres oft recht geringen Einkommens können sie für eine Wohnung niemals soviel zahlen wie andere, bessergestellte Schichten des Volkes. Darum bleiben für sie stets die kleinsten, billigsten und natürlich auch schlechtesten Wohnungen übrig. Besteht eine Wohnungsknappheit, was ja leider in sehr vielen Orten schon in normalen Zeiten die Regel ist, so müssen für die schlechtbezahlten Arbeiter nicht selten Räume als Wohnung dienen, die dazu völlig ungeeignet sind: dumpfe, muffige Keller, in denen das blühendste Leben verwehrt, feuchte Hofwohnungen voller Ungezieferei, kalte und zugige Bodenräume. Diese Wohnungen sind dann in der Regel auch noch überfüllt; denn ihre Mieter sind nicht selten kinderreiche Familien, die für eine Wohnung noch weniger ausgeben können als die mit weniger Kindern „gelegneten“ übrige Arbeiterschaft. Oder sie sind gezwungen, einen Teil ihrer Wohnung an Schlafbrüder oder „Chambregarnisten“ abzuvermieten. Während eine viertköpfige Familie neben der Küche mindestens zwei, für mehr Personen mindestens drei ordentliche Wohnräume haben müßte, wohnen in Berlin 600 000 Menschen so, daß auf mehr als vier Personen nur ein einziges heizbares Zimmer kommt. In Posen schlafen 26 000 Personen zu sechs und mehr in einem einzigen Raum; mehr als ein Viertel der Gesamtbevölkerung Polens muß sich mit einem einzigen Wohnraum behelfen. Nicht viel besser ist es in manden anderen Städten.

Das sind Zustände, die des deutschen Volkes nicht würdig sind und deren Beseitigung alle Freunde des Volkes, ganz besonders aber die Arbeiter, erstreben müssen. Es ist dringend notwendig, daß man nach dem Kriege endlich unser Wohnungswesen gründlich reformiert und dafür sorgt, daß das deutsche Volk in seiner Gesamtheit so wohnen kann, wie es eines Kulturvolkes vom Range des deutschen allein würdig ist. Dazu ist vor allem nötig, daß das von der Sozialdemokratie seit Jahrzehnten geforderte Reichswohnungsgesetz endlich erlassen wird, daß man ein Reichswohnungsgesetz und kommunale Wohnungsgesetze einrichtet, und daß man für regelmäßige Wohnungs- und Leerwohnungs-zählungen sowie für eine dauernde Wohnungskontrolle Sorge trägt.

Aber nicht nur an guten Wohnungen ist die Arbeiterschaft stark interessiert; ihre Wohnungen sollen außerdem auch billig sein. In den letzten Jahrzehnten sind die Wohnungen und Häuser immer mehr zu Waren geworden und die Woh-

nungsmieten andauernd gestiegen, und gerade diese Mietenerhöhung hat die Masse der Arbeiterschaft und der kleinen Beamten zur stärksten Einschränkung im Wohnen gezwungen. Hervorgehoben wird die Mietenerhöhung nicht, wie von den Hausbesitzern und ihrer Presse so oft behauptet wird, durch die „hohen“ Arbeiterlöhne, sondern in erster Linie durch die wahnsinnige Spekulation mit Häusern wie mit Grund und Boden sowie durch das Profitstreben der privaten Wohnungshersteller und Hausbesitzer. Wenn für Bauplätze, die vielleicht vorher gar keinen Nutzwert hatten, märchenhafte Preise bezahlt werden müssen, wenn die Unternehmer beim Bau möglichst viel profitieren wollen, wenn ein Haus alle paar Jahre seinen Besitzer wechselt und jeder neue Käufer von den Mieten immer wieder gut leben und beim Verkauf wieder verdienen will, so ist eine Mietenerhöhung einfach unausbleiblich. In vielen Orten haben die an teuren Wohnungen interessierten Kreise einen Wohnungsmangel geradezu künstlich herbeigeführt, um die Mieten nach Belieben steigern zu können.

Diesem Treiben ist mit Aussicht auf Erfolg nur durch die Schaffung einer ausreichenden Zahl von Wohnungen durch die gemeinnützige Bautätigkeit entgegenzuwirken. Denn mit den Wohnungspreisen ist es heute genau wie mit den Preisen anderer Waren auch: ist das Angebot stärker als die Nachfrage, so drückt das Ueberangebot auf den Preis, ist dagegen die Nachfrage stärker als das Angebot, so steigen die Preise rasch über den wirklichen Wert. Von den Nutznießern des alten Hausbesitzes ist in dieser Beziehung keine Hilfe zu erwarten. Diese Leute werden sich nicht die Quallen verstopfen, aus denen ihnen der Goldstrom sprudeln soll.

Die Arbeiter sind fast durchweg auf kleine Wohnungen angewiesen. Sie müssen deshalb auf die Herstellung von Kleinwohnungen auch besonderen Wert legen. In diesen Wohnungen hat es aber schon vor dem Kriege in vielen Orten gefehlt. In einzelnen Orten war die Kleinwohnungsmangel so groß, daß die Behörden durch die Vergabe von Stützwohnungen dem Uebel abhelfen mußten. Während des Krieges haben sich auf dem Gebiete des Kleinwohnungswezens ganz besonders ungünstige Verhältnisse entwickelt. Die Wohnungsbautätigkeit ist schon in den ersten beiden Kriegsjahren sehr stark eingeschränkt worden. Im letzten Jahre hat sie fast ganz gerubt. In 15 deutschen Städten sind im Jahre 1916 nach einer Uebersicht des statistischen Amtes nur 1099 Wohngebäude mit 3015 Wohnungen errichtet worden, gegen 9507 Wohngebäude mit 61107 Wohnungen im Jahre 1912. Seit einiger Zeit ist die Wohnungsbautätigkeit durch die Generalkommandos fast ganz unmöglich gemacht, weil man die noch vorhandenen Arbeitskräfte und Baustoffe zur Ausführung der nötigen Kriegsbauten braucht. Durch all das tritt ein gewaltiger Ausfall an Kleinwohnungen ein, ein Ausfall, den man erst erkennen kann, wenn man bedenkt, daß Deutschland in Friedenszeiten für seinen jährlichen Bevölkerungszuwachs von 800 000 bis 900 000 Menschen alljährlich mehr als 200 000 neue Wohnungen braucht, abgesehen von dem Abgang an alten und unbrauchbar gewordenen Wohnungen. Der Kleinwohnungsmangel nimmt denn auch in manchen Orten heute schon gefährliche Formen an, besonders in manchen Garnisonstädten und in Orten mit starker Kriegsindustrie. Dabei wirken dem Wohnungsmangel während des Krieges manche Dinge entgegen, besonders die Auflösung von Haushaltungen für die Dauer des Krieges und die Ueberiedelung von Kriegsfrauen zu Verwandten.

Herrscht aber in manchen Orten schon heute ein Mangel an Kleinwohnungen, so ist nach dem Kriege geradezu eine gefährliche Kleinwohnungsmangel zu befürchten, wenn es nicht gelingt, bis zur Rückkehr der Kriegsteilnehmer genügend neue Wohnungen zu schaffen. Denn es werden dann nicht nur viele aufgelöste Haushaltungen wieder gegründet

werden, sondern auch die vielen Kriegsgetrauten wollen Wohnungen haben. Da wird es selbst in solchen Städten hapern, wo heute schon ein großer Prozentsatz von Kleinwohnungen leersteht. Ist doch z. B. in München festgestellt worden, daß den dort im Spätherbst 1915 gezählten 3753 leerstehenden Kleinwohnungen schon damals 7868 Kriegstraumungen gegenüberstanden. Anzwischen sind zwei Jahre vergangen, ohne daß eine nennenswerte Zahl von Wohnungen gebaut worden ist, während die Zahl der Kriegstraumungen andauernd zugenommen hat. Und der Krieg ist noch immer nicht zu Ende. Wenn er zu Ende geht, werden weitere Hunderttausende Ehen von jungen Leuten geschlossen werden, die während des Krieges das heiratsfähige Alter erreichen und die dann ebenfalls Wohnungen haben müssen. Dazu kommt, daß nach dem Kriege viele Mieter aus größeren in kleinere Wohnungen übersiedeln werden, weil die sicher auch nach dem Kriege noch andauernde allgemeine Teuerung in erster Linie zur Einschränkung auf dem Gebiete des Wohnwesens zwinnt. Der Ausfall von Wohnungsmietern durch die auf den Schlachtfeldern Gebliebenen wird demgegenüber kaum ins Gewicht fallen; denn soweit diese verheiratet waren, müssen ja in der Regel auch ihre Familien Wohnungen haben. Auch diese Familien werden höchstens aus größeren in kleinere Wohnungen übersiedeln und dadurch die bestehende Kleinwohnungsmangel noch vermehren. Da besteht dann nicht nur die Gefahr, daß zahlreiche Ehepaare keine Wohnung bekommen können: die Hausbesitzer werden die dann eintretende Wohnungsnot auch rücksichtslos zur Steigerung der Mieten ausnützen. Schon längst bereiten ja sie und ihre Vereine die Öffentlichkeit darauf vor, daß Mietsteigerungen bis zu 35 Proz. nötig seien, und wenn nicht in manchen Orten die Generalkommandos eingegriffen hätten und wenn nicht das segensreiche Wirken der Mietminderungsämter wäre, so könnten die Mieter schon während des Krieges ihr blaues Wunder erleben! Die Arbeiterhöflichkeit kann aber weder jetzt noch nach dem Kriege eine nennenswerte Verteuerung der Mieten ertragen.

Die Förderung des Kleinwohnungsbaues ist also dringend notwendig, wenn es nach dem Kriege nicht zu gefährlichen Zuständen auf dem Gebiete des Wohnungswezens kommen soll. Und da nach dem Kriege vom privaten Wohnungsbau nicht viel zu erwarten ist, da es weiter auch an Geld zum Bauen fehlen wird, so muß die gemeinnützige Wohnungsbautätigkeit mit allen Kräften gefördert werden. Reich, Einzelstaaten und Gemeinden müssen entweder selbst Kleinwohnungen bauen oder aber der gemeinnützigen Bautätigkeit Unterstützung von Land, Vergabe billigen Darlehens, Beschaffung billiger Hypotheken usw. unter die Arme greifen. Auch ist der Ausbau des Verkehrswezens zu fördern, damit die großstädtischen Arbeiter mehr als bisher die Möglichkeit der Ansiedlung in Vororten und ländlichen Gebieten erhalten. Ferner können und müssen die Träger der deutschen Arbeiterversicherung: die Landesversicherungsanstalten, Berufsgenossenschaften, Krankenkassen und andere gemeinnützige Anstalten den Kleinwohnungsbaue durch Vergabe von Geldern fördern. Und schließlich kann auch die Seerezeverwaltung den Kleinwohnungsbaue fördern, indem sie der gemeinnützigen Bautätigkeit sofort nach Friedensschluß die große Menge der an der Front befindlichen Baustoffe für billigen Preis zur Verfügung stellt.

Alles in allem ist die Lösung der Wohnungsfrage, deren Umfang hier nur kurz angedeutet werden konnte, nur ein Teil der nach dem Kriege notwendigen allgemeinen Neuordnung. Es wird Aufgabe der wirtschaftlichen und politischen Vertretungen der Arbeiter sein, an dieser Neuordnung tatkräftig mitzuwirken. Je stärker die Arbeiterschaft durch festen Zusammenschluß in ihren Organisationen ist, um so besser werden die Arbeiter sowohl bei der Lösung der Wohnungsfrage wie bei der allgemeinen Neuordnung im Reiche fahren.

Monatsbericht vom Krieg

Berlin, 2. November 1917.

Wir leben in einer tollgewordenen Welt des Krieges und niemand vermag den kommenden Geschehnissen eine sichere Voraussage zu geben. Diese Erkenntnis wird anlässlich der völlig neuen Situation auf dem italienischen Kriegsschauplatz wieder wach.

Während sich zu Beginn des Monats alles strategische Interesse der furchtbaren Flandern-Schlacht zuwandte, wo die Großkampflage vom 3., 4., 9., 12. und 22. Oktober in rascher Folge den Truppen schier Unmensliches zumutete, brachte die Zeit vom 12. bis 22. Oktober an der Nordfront unsern völlig unerwarteten Vorstoß im Rigaischen Meerbusen mit der Eroberung der vorgelagerten Inseln Oesjel, Moon und Tagoe. Damit ist eine Befähigung der russischen Ostflottenbasis Revals, ja selbst Petrusburgs eingetreten. Die unmittelbare Beute dieser Operation beträgt 20 000 Gefangene, 100 Geschütze und riesig viel Kriegsgerät. Die Auswirkung dieser Aktion auf die Gesamtlage im Osten kann von weittragender Bedeutung werden.

Und nun hat in rascher Folge der noch viel stärkere Donner Schlag der 12. Sjonkoschlacht am 23. Oktober bei Ritsch und Tolme ein eingesetzt. Der Frontdurchbruch gelang den deutsch-österreichisch-ungarischen Truppen und schon am 24. Oktober wurden über 10 000 Gefangene eingebracht. Der folgende Tag verzeichnet bereits das Vordringen in die italienische Ebene. 30 000 Gefangene, 300 Geschütze sind die Beute. Am 26. Oktober werden bereits insgesamt 60 000, am 27. Oktober gar über 100 000 Gefangene erbeutet nebst 700 Geschützen und unabsehbar große Beute an Kriegsgerät, Nahrungsmitteln usw. Cividale ist erobert, Görz und Monfalcone zurückgewonnen und in rasender Nacht wälzen sich die italienischen Heere dem geschwollenen Tarentamerlo zu. Inzwischen hat eine Gruppe unserer Verbündeten vom Norden her aus den Bergen vorgestoßen, die Rückenlinie werden genommen und ein ganzes Meer mit weiteren 60 000 treibt die Waffen. Der amtliche Bericht vom 2. November zählt bereits 200 000 Gefangene 100 Geschütze und entsprechend große Kriegsbente! Dieser Zusammenbruch der italienischen Front ist noch immer nicht repariert und die schleunigst entsandten Pilsgruppen aus Frankreich werden schwerlich etwas wenden können an erschütternden Schicksal der italienischen Armeen.

Wie weit der gesamte Weltkrieg durch diese Vorgänge in ein neues Stadium gelangt, läßt sich zurzeit noch nicht ermessen.

Die heftigen Kämpfe an der Aisne und Chemin des Dames (25. Oktober) führten zwar zu Teilerfolgen der Franzosen, Rücknahme unserer Front in 1 Kilometer Tiefe; doch haben sie strategisch keinerlei tieferegreifende Wirkung ausgeübt. Ebenso treten die Vorgänge auf allen übrigen Kriegsschauplätzen zurzeit in den Hintergrund. Die Luftkämpfe heizern sich noch immer. Ein Luftschiffgezwader quiff am 20. Oktober England mit 26 000 Schrapnellbomben an. 4 Luftschiffe wurden davon über der französischen Front (wobin sie im Nebel gerieten), abgeschossen oder zur Landung gezwungen. Der U-Boot-Krieg verzeichnet für September 675 000 Tonnen.

Die friedenspolitischen Vorgänge im Oktober sind wenig verheißungsvoll. Zwar war die Reichstagsrede v. Kühlmanns (1. Oktober) nicht ganz ohne Widerhall im Ausland, aber Lloyd George will noch bis 1919 Krieg führen, Frankreich erklärt durch den neuen Außenminister Barthou, niemals auf Entlassung verzichten, Rußland hat unendlich innere Wirren und Amerika — rüht lieberhaft, um der Entente das weitere „Durchhalten“ zu ermöglichen. Die Rede Czernins in Budapest am 1. Oktober kann als die bislang beste Friedensfundgebung eines Staatsmanns gebucht werden. Aber es fehlt leider der Widerhall in den Ententestaaten. Statt dessen haben Costa Rica und Nicaragua, so unmotiviert wie möglich, uns noch, wohl auf Weisung Amerikas, den Krieg erklärt.

Die Winter kommen und gehen in Frankreich, Italien, Rußland, Schweden, ohne daß eine Aenderung in der Weltlage im Sinne des Friedens eintritt.

Selbst Deutschland kommt aus der inneren Krise nur schwer heraus. Der unzulängliche Dr. Michaelis ist durch Arh. v. Hertling ersetzt. Dazu sollen fortschrittliche und national-liberale Parlamentarier treten, um die Parlamentarisierung, Durchföhrung des freien Wahlrechts in Preußen, Vereinfachung des § 153 der Gewerbeordnung, Arbeitslosenversicherung und andere längst fällige innere Reformen zur baldigen Durchführung zu bringen.

Das von so viel Eindrücken bestimmte Auge aber blüht immer wieder subend den Horizont ab nach dem Friedensstern.

Aus den Stadtparlamenten

Bismersdorf. In der Stadtverordnetenversammlung am 31. Oktober stand eine Vorlage des Magistrats über Teuerungszulagen für die städtischen Beamten, Angestellten und Arbeiter zur Beratung. Gemeindevorstand unterzog die Vorlage einer scharfen Kritik. Im Vergleich zu der herrschenden Teuerung seien sämtliche vorgesehenen Zulagen ungenügend; namentlich aber die unteren Gehaltsklassen müßten besser bedacht werden. Seine wiederholten Ausführungen hatten den Erfolg, daß die im Entwurf vorgesehene unterschiedliche Behandlung der männlichen und weiblichen Arbeiter zugunsten der letzteren beseitigt und beide Gruppen die gleiche Teuerungszulage von 25 Pf. für die Arbeitsstunde zugewilligt wurde. Ferner wurde erreicht, daß die für Kriegszwecke eingestellten, gegen Tagelöhner beschäftigten Bureauhilfskräfte künftig die Sonn- und Feiertage mitbezahlt erhalten. Die neuen Sätze für Beamte gestalten sich nun folgendermaßen: a) Die Ledigen erhalten 420 Mk.; b) Verheiratete ohne Kinder erhalten: in Klasse 1: 1000 Mk., in Klasse 2: 800 Mk., in Klasse 3: 740 Mk., in Klasse 4: 600 Mk.; c) Verheiratete mit Kindern erhalten neben den Beträgen zu b für jedes Kind 10 Proz. des ihnen zustehenden Grundbetrages. Der Magistrat sei ermächtigt, in geeigneten, noch nicht geregelten Fällen entsprechende Zulagen zu gewähren. Insbesondere kann er Empfängern eines städtischen Ruhegeldes oder Ruhegeldes oder eines städtischen Witwen- und Waisengeldes nach Maßgabe ihrer wirtschaftlichen Bedürftigkeit einmalige oder laufende Zuwendungen bewilligen. Die im Geesendienst stehenden verheirateten Beamten und Lehrpersonen erhalten 50 vom Hundert der nach Ziffer 1 b und c zu berechnenden Teuerungszulage. Die Beibehaltung der im Bureaudienst der städtischen Verwaltung beschäftigten Kriegshilfskräfte wird dahin geregelt, daß im allgemeinen erhalten: Anfangsbeholdung männliche 5,50 Mk., weibliche 4,50 Mk., nach 6 Monaten männliche 6 Mk., weibliche 5 Mk., nach weiteren 6 Monaten männliche 6,50 Mk., weibliche 5,50 Mk., nach weiteren 6 Monaten männliche 7 Mk., weibliche 6 Mk. Hilfskräfte in besonderen Stellungen können abweichende, den Leistungen entsprechende Entschädigungen erhalten. Die Arbeiter erhalten neben der bisherigen „Kriegsheilife“ eine Kriegslohnzulage, und zwar: a) die männlichen Personen 25 Pf., b) die weiblichen Personen 25 Pf., c) die jugendlichen Personen beider Gruppen im Alter bis zum vollendeten 18. Lebensjahre 15 Pf. für jede geleistete Arbeitsstunde.

Aus unserer Bewegung

Berlin. Unsere Filiale hielt am 25. Oktober die Quartalsversammlung ab. Kollege Hoffmann berichtete über die Kassenverhältnisse. Die Einnahmen und Ausgaben der Hauptkasse balancieren mit 32 067 Mk. An Erwerbunterstützung sind zu Lasten der Hauptkasse 3910 Mk., an Krankenunterstützung 7361 Mk. und an Arbeitslosenunterstützung 45,25 Mk. ausgezahlt worden. Die Lokalfiliale hatte einschließend des Bestandes eine Einnahme von 69 389 Mk., der eine Ausgabe von 18 658 Mk. gegenübersteht, so daß ein Massenbestand von 50 731,68 Mk. verbleibt. Aus der Lokalfiliale sind insgesamt 3711 Mk. an Unterhaltungen ausgezahlt worden. Die Mitgliederzunahme des dritten Quartals beträgt 416. Die Filiale zählte am Schluß des Quartals 4074 männliche, 1158 weibliche und 12 jugendliche Mitglieder, insgesamt 5244 Mitglieder. Auf Antrag der Revisoren wurde dem Kassierer Entlastung erteilt. Kollege Deckmann sprach dann über: „Der Gemeindegewerkschaftsverband im Kriege.“ Er zeigte eingehend, wie wirksam die Interessen der Mitglieder auch im Kriege durch die Organisation vertreten worden sind. Nichts blieb unversucht, um die Löhne den Lebensverhältnissen anzupassen. In den drei Kriegsjahren sind circa 18 Millionen Mark an Zulagen für die städtischen Arbeiter herausgeholt worden. Für die Kriegsteilnehmer hat der Verband ebenfalls nach Kräften gesorgt. Allein an Unterhaltungsgebern hat der Verband während des Krieges bis 1. September 1917 1 1/2 Millionen Mark ausgegeben. Auch hat der Verband für die Verfürung der Arbeitszeit während der Kriegszeit mit Erfolg gewirkt, was ganz besonders hoch anzuschlagen werden muß. Trotz der hohen Zahl der zum Kriegsdienst eingezogenen Kollegen zählt der Verband heute 30 119 Mitglieder, ein gutes Zeichen seiner Werbekraft. An die Ausführungen knüpfte sich eine kurze, in zustimmendem Sinne gehaltene Aussprache. Darauf berichtet Kollege Müntner, daß das Verhältnis des Verbandes zum Berliner Magistrat sich gut entwickelt habe und der Magistrat die Arbeiterorganisation als berechtigte Vertretung der Arbeiterschaft anerkenne. Demzufolge auch mit ihr verhandelt. Sinesgen läme dieser Standpunkt gegenüber der Organisation der Beamten und Angestellten nicht in Betracht. Nach Mitteilung der Berliner Gassektion soll die Einführung des Abstimmendtages in den Gasreparaturen, zunächst in fünf Mevieren, verhandelt werden. In den Berliner Wasserwerken, wo gleichfalls der Antrag um Einführung des Abstimmendtages gestellt, jedoch abgelehnt worden ist, soll dem Reichsinnenpersonal alle 14 Tage ein

voller freier Tag bei Nachtsicht, bei Tagsicht jede Woche zweimal 2 Stunden freie Zeit unter Fortzahlung des Lohnes gewährt werden. Das letztere gilt auch für die Haiskolonnen. Männer bedürfte noch kurz über den Stand der Teuerungszulagen in verschiedenen Betrieben. Ein erneut gestellter Antrag: dem „Vorwärts“ Unternehmen keine Anzeigen und Druckaufträge zu überweisen, wurde wiederum mit übergroßer Mehrheit abgelehnt.

Zielefeld. Eine gut besuchte Versammlung unserer Zilliale legte am 30. Oktober in der „Eisenhütte“. Den Massenbericht vom dritten Quartal erstattete der Kollege Meinerdt. Darauf referierte der Kollege Meißner-Dammover über: Die Lohnverhältnisse der jüdischen Arbeiter. Medner führte aus, daß die letzten Teuerungszulagen die jüdischen Arbeiter arg enttäuscht haben. Auf der einen Seite hat man getan, als ob die Arbeiter etwas erhalten sollten und auf der anderen Seite hat man durch Entziehung des größten Teiles der bisherigen Teuerungszulagen den Arbeitern wieder sehr viel genommen. Die Verbandsleitung hat versucht, durch Fragebogen die Höhe der letzten Teuerungszulagen zu ermitteln. Aus dem vorliegenden Material geht hervor, daß die Löhne durch die letzten Zulagen durchschnittlich um 50 Pf. pro Tag erhöht sind. In Anbetracht der gewaltigen Teuerung sind diese Zulagen zu gering. Die Minderzulagen wirken nur deforant. Von den befragten Arbeitern erhielten nur drei Fünftel davon Minderzulagen. Von dieser Summe sind wieder drei Viertel, die nur ein oder zwei Minder haben. Die höheren Minderzulagen kommen daher nur vereinzelte vor. Ueber sechs Minder hinaus gab es keinen Arbeiter. Die Löhne der Arbeiter sind ebenfalls niedrig. Die Feststellungen ergaben, daß vier Fünftel der Arbeiter täglich von 2,50 Mk. bis 3 Mk. erhalten. Diese niedrigen Lohnsätze werden durch die Teuerungszulagen, die jetzt im Durchschnitt 35 Pf. pro Monat betragen, ungenügend aufgehehrt. Daß bei diesen geringen Einnahmen die Arbeiter nicht mehr arbeitsfähig bleiben können, ist erklärlich. Die Arbeiter haben diesen Zustand selbst mitverschuldet. Die Arbeitslosigkeit ist sehr groß. Ueber das Stimpfen im stillen sind viele nicht hinausgegangen. Jeder Arbeiter muß begreifen lernen, daß nur durch den Ausbau und Stärkung der Organisation Fortschritte erzielt werden. — In der Diskussion führte der Kollege Binder aus, daß die letzten gehörten Zahlen recht bedenklich sind. Nur eine härtere Organisation wird unseren Einfluß vergrößern. Ferner wurde mitgeteilt, daß die Frauen bei den Marktfeiern nur 25 Pf. pro Stunde erhalten. Bei achtstündiger Arbeitszeit beträgt die Einnahme 2 Mk. pro Tag. Hier ist eine Lohnzulage dringend notwendig, da von diesem Einkommen kein Mensch leben kann. Eine erhebliche Anzahl von Renaufnahmen beweist, daß endlich die Arbeiter und namentlich die Frauen begreifen lernen, wie notwendig die Zugehörigkeit zur Organisation für jeden einzelnen ist. Es darf jetzt kein Mann mehr geben, die Mitgliederzahl muß verdoppelt werden.

Kremen. Eine Versammlung der bremischen Staatsarbeiter, die am 21. Oktober im Gewerkschaftsbaus abgehalten wurde, beschäftigte sich mit der Antwort des Senats auf die letzte Eingabe betreffs Teuerungszulagen. Kollege Lhm berichtete über die letzte Eingabe. Wie bekannt, hatte der Senat vor längerer Zeit auf Trängen der Organisation Kriegsteuerungszulagen beschlossen. Auch den Beamten wurden ungefähr zu gleicher Zeit Teuerungszulagen zugesprochen, die aber in ihren Grundzügen weit günstiger sind. Der Staatsarbeiterverband hatte sich deshalb auf Grund eines Beschlusses einer Versammlung der Arbeiter, die am 5. September stattfand, zu einer erneuten Eingabe veranlaßt gesehen, in der die Wünsche, die von der Arbeiterschaft als dringend angesehen werden, noch einmal zusammengefaßt wurden. Insbesondere wurde gewünscht, die Anfangslöhne weiter zu erhöhen; die Minderzulagen insofern mit der der Beamten gleichzustellen, als auch bei den Arbeitern diese bis zum 18. Lebensjahre der Minder gezahlt, und dann auch, wie bei den Beamten, 20 Mk. des eventuellen monatlichen Verdienstes der Minder nicht als Einkommen anzurechnen. Ferner wurde gewünscht, daß auch den Arbeitern die laufende Teuerungszulage nicht erst vom 1. September ab, sondern wie bei den Beamten vom 1. Juli ab gewährt werde. Bei der einmaligen Teuerungszulage wurden die Ledigen und die beschäftigten Frauen, die Reichsunterstützung oder Rente erhalten, übertragen, so daß auch hier die Eingabe des Veräuserte nachzuholen hat. Auch bei Krankheit wurde Gewährung der Teuerungszulage beansprucht. Eingewiesen wurde auch auf die Bedürftigkeit der Familien der Eingezogenen. Der Vorsitzende, Kollege Lhm, berichtete nun über das Ergebnis der letzten Eingabe. Bezüglich der Minderzulage wurden die Arbeiter mit den Beamten insofern gleichgestellt, als auch ihnen die Zulage für Minder bis zum 18. Lebensjahre gewährt werden sollte; auch sollte das Einkommen dieser Minder, sofern es 20 Mk. monatlich nicht übersteigt, nicht angerechnet werden. Inwiefern auch bei älteren Minder, die sich in der Berufsausbildung befinden, die Minderzulage gezahlt werde, entschied die Behörde in jedem Einzelfalle. Der Antrag, die erweiterte Teuerungszulage für die Arbeiter mit rückwirkender Kraft vom 1. Juli 1917 an zu gewähren, wie bei den Beamten, sei abgelehnt worden, ebenso sei die Gewährung der außerordentlichen Teuerungszulagen an alle in den bremischen Staatsbetrieben beschäf-

tigten Arbeiter und Arbeiterinnen abgelehnt worden. Die Fortzahlung der Teuerungszulagen bei Arbeitslosigkeit in Krankheitsfällen sei insofern genehmigt worden, als in solchen Fällen 80 Proz. der Teuerungszulage gewährt werden sollen, mit Ausnahme der ledigen Arbeiter, die sich auf Meisten eines Versicherungsverträgers in einer Heilanstalt befinden. Für die Familien der zum Weeresdienst Eingezogenen wird auf eine Erhöhung der monatlichen Unterstützung vom 1. November an hingewiesen. Der Vorsitzende erklärte, daher in der von ihm geprüften Aussprache mit dem Lohnprüfungsamt den Eindruck mitgenommen hätte, als würde etwas mehr herauskommen, als was tatsächlich zugesprochen worden ist. Es ist unbegreiflich, wie man es erklären will, daß den Beamten die laufende Zulage vom 1. Juli an, den Arbeitern aber erst vom 1. September an zu zahlen ist. Unsere Ledigen hätten auch nicht die weitere Teuerungszulage erhalten, obwohl doch heute ein Lediger oftmals noch schlechter durchkomme wie ein Verheirateter; außerdem komme in Betracht, daß ich viel dieser Unberücksichtigten jahrelang in den bremischen Staatsbetrieben beschäftigt seien. Es sei überhaupt bemerkenswert, daß gerade in jenen Fällen, in denen wir die Gewährung unserer Anträge am dringendsten wünschen müßten, die Ablehnung erfolgt sei. Man habe auch wieder mit gleicher Rücksichtslosigkeit, was die Arbeiter niemals verzeihen würden. Durch Bewegung und Risikoaussparungen bei diesem Bericht ihres Vorsitzenden bekundeten die Versammelten ihre Unzufriedenheit. — In der Debatte löste sich bei vielen Rednern der Unmut über die mangelhaften Zugeständnisse. Auch die weiblichen Teilnehmer an der Versammlung ließen durch den Mund verschiedener Rednerinnen ihren Unmut erklären. Insbesondere wurde Anstoß daran genommen, daß die erweiterte Teuerungszulage an die Beamten gleich ganz, an die Arbeiter aber in zwei Raten gezahlt werde. Den Arbeitern werde man immer nur Brocken hin. Recht gerechtfertigt sei die Herabsetzung der Zulage in Krankheitsfällen. Die Behörden scheinen nicht zu wissen, daß auch die Ledigen unter denselben Teuerungsverhältnissen zu leiden hätten. Man gebe eben mit Sachfehlern, aber nicht mit Vorsicht. Zu der ungenügenden Berücksichtigung der Arbeiterwünsche komme noch die Tatsache, daß manche Lohnstellen in immer unregelmäßiger Weise Abzüge von den Zulagen machten. Die Arbeiterfrauen seien am 1. November betroffen worden, da müsse doch gefragt werden, ob auch die Freiheirterung, die Teuerung bis 1. November warte. Von mehreren Frauen und Mädchen wird hervorgehoben, daß sie und ihre Kolleginnen sich durch die Ablehnung ihrer Wünsche getroffen fühlen, sie müßten voll ihre Arbeit leisten und hätten deshalb auch wohl ein Anrecht auf bessere Entlohnung. Ein junges Mädchen schildert die Löhne der weiblichen Arbeiter, insbesondere auf dem Gaswerk; man wisse wirklich nicht, was man sich eigentlich für den Lohn kaufen solle; schlimm daran seien gerade jene jungen Mädchen, die nicht im Hausbau der Eltern leben; sie müßten schon moralisch stark sein, um nicht bei diesen Verhältnissen auf Abwege zu geraten. Von einer Reihe von Rednern wurde gefordert, eine allgemeine Lohnbewegung der gesamten bremischen Staatsarbeiter einzuleiten und dann nicht Teuerungszulagen, sondern Lohnherabsetzungen zu verlangen, so wie bisher könne es doch nicht weitergehen. Kollege Lhm faßt zum Schluß noch einmal das Ergebnis der Aussprache zusammen und empfiehlt der Versammlung, von einer allgemeinen Lohnbewegung zunächst noch abzuheben und noch einmal eine Eingabe einzureichen. Sämen auch dann noch unsere Anträge nicht zu ihrem Recht, so müssen wir uns eben über das Weitere klar werden; jedenfalls könnten wir uns nicht mit der Ablehnung unserer Wünsche zufrieden geben. Die Versammlung stimmte diesen Ausführungen zu und nahm einstimmig nachstehende Entschließung an:

„Die am 21. Oktober 1917 im Gewerkschaftsbaus versammelten bremischen Staatsarbeiter erheben scharfen Protest gegen den ablehnenden Beschluß des hohen Senats. Die Versammelten hatten erwartet, daß den Wünschen der Arbeiter Rechnung getragen worden wäre, zum mindesten, daß man die Arbeiter in allem den Beamten gleichgestellt hätte. Insbesondere muß es bedauert werden, daß auch der Antrag, den ledigen Arbeitern eine einmalige Teuerungszulage zu gewähren, abgelehnt worden ist. Es ist nicht von der Hand zu weisen, daß auch die Ledigen durch die lange Dauer des Krieges außerordentliche Bedürfnisse zu beschreiben haben. Die Versammelten hätten erwartet, daß der hohe Senat den heutigen Verhältnissen mehr Rechnung getragen hätte. Die Versammlung beschließt daher, die noch nicht erledigten Anträge der Arbeiterseite an den hohen Senat zur nochmaligen Prüfung zurückzugeben und erwartet, daß bei einer nochmaligen Prüfung der hohe Senat zu einem anderen Beschluß kommen wird. Die Versammlung beauftragt den Vorstand des Verbandes der Gemeinde und Staatsarbeiter, dieses dem hohen Senat zu unterbreiten.“

Nachdem noch einige andere Fragen kurz besprochen und der Vorsitzende aufgefordert hatte, überall für den Verband zu agitieren, besonders aber, wenn man an eine allgemeine Lohnbewegung denke, wurde die interessante Versammlung geschlossen.

Chemnitz. Am 20. Oktober legte im Restaurant „Sonnenschein“ die Landratsversammlung. Von Eintritt in die Tagesordnung

wurde das Ableben der Kollegen Reinhardt, Werbig, Sächler, Hammer und Freigewer in üblicher Weise geehrt. Zunächst erstattete die Kassiererin den Massenbericht vom dritten Quartal. Die Einnahme betrug inklusive Kassenstand 3988,80 Mk., ihr steht eine Filialausgabe von 1138,80 Mk. gegenüber. Auf Rechnung der Dampfzelle wurde ausgezahlt an Sterbeunterstützung 685 Mk., Krankenunterstützung 627,50 Mk. und an Arbeitslosenunterstützung 7,50 Mk. Der Filialkassenbestand belief sich am Ende des Quartals auf 1253,27 Mk. Mitglieder waren zu verzeichnen 362, darunter 28 weibliche und 1 jugendliches. Der Kassiererin wurde Entlassung erteilt. Alsdann erstattete Kollege Freigewer Bericht über „die Erhebung der neuen Feuerungszulagen“. Unter anderem wurde hervorgehoben, daß die Gehaltsliste bis zu 13.000 Mk. auch die höchsten Feuerungszulagen haben. Man sieht, daß die erhebliche Verbesserung der Lebensverhältnisse nach der schweren Zeit noch nicht verschwunden ist. Weiter wurden zwei Eingaben für Kriegerverfahren und Reklamieren von den Behörden abgelehnt. Zur Wahl eines Parteidelegierten wurde betont, daß sich die Kollegen, welche zur Arbeit reklamiert werden, möglichst bald wieder zur Gewerkschaft melden, um ihrer Rechte nicht verlustig zu gehen.

Colmar i. G. Auf Betreiben der sozialdemokratischen Gemeinderatsfraktion wurde hier vom Gemeinderat Mitte Mai, rückwirkend ab 1. Mai, eine weitere Kriegsfeuerungszulage beschlossen. Die bisherige Feuerungszulage beträgt für Arbeiterinnen 4 Mk. monatlich, für ledige und verwitwete Arbeiter ohne Kinder 5 Mk. pro Monat, verheiratete Arbeiter 7,50 Mk. monatlich und 4 Mk. für jedes Kind. Die Löhne betragen bisher in der Lohnklasse A, Sandwerker: 4,30 Mk., steigend bis 5,10 Mk.; Lohnklasse I: 4 Mk., steigend bis 4,60 Mk.; Lohnklasse II: 3,40 Mk., steigend bis 4,10 Mk.; Lohnklasse III: 3,10 Mk., steigend bis 3,60 Mk.; Lohnklasse IV: 2,90 Mk., steigend bis 3,10 Mk. Die Höchstlöhne werden jeweils nach zehn Jahren erreicht. Diese traurigen Löhne sind noch Lebensweise aus der Zeit des noch Frankreich gestrichelten Bürgermeisters Mummelhal, der, weil er noch den Sozialdemokraten bei den Wahlen nicht mehr unterliegt wurde, die städtischen Arbeiter dafür büßen ließ und den Lohnsatz seit 1908 nicht mehr erhöhte. Demokraten und Freireichswänner dieser Sorte scheinen wir gern den Franzosen, in der Annahme, daß auch sie bald gehen, was Genies Kinder solche Leute sind, die das Volkswohl im Grunde führen und in Wirklichkeit den nacktesten Kapitalismus vertreten. Beschlossen wurde nun, daß diese Löhne während der Dauer des Kriegs um 25 Proz. erhöht werden. Die Feuerungszulagen bleiben daneben bestehen wie bisher. Soweit in den untersten Massen einschließend der Feuerungszulagen 4,50 Mk. nicht erreicht werden sollen, ist der Lohn auf diesen Satz zu erhöhen. Die während des Kriegs eingestellten Sandwerker hatten 4 Mk. und 50 Pf. Kriegszulage; der Lohn wurde auf 5 Mk. und 50 Pf. Zulage, zusammen 5,50 Mk. festgesetzt. Angelegenheit während des Kriegs eingestellte Arbeiter hatten 3 Mk. und 50 Pf. Kriegszulage, jetzt 4 Mk. und 50 Pf. Zulage, also 4,50 Mk. Damit ist natürlich nicht jedem Mangel abgeholfen, aber doch ein Schritt nach vorwärts gemacht.

Landau i. B. Unter dem 2. April hat unsere Filiale einen Antrag um 1 Mk. Lohnerhöhung eingereicht. Dieser Antrag wurde vom Magistrat abgelehnt, trotzdem die Löhne geradezu traurig sind. Dafür wurde eine Feuerungszulage bewilligt, die ebenfalls außerordentlich niedrig ist. Sie beträgt 3 Mk. monatlich. Die Unterzulage, die am 1. Februar eingeführt wurde und 4 Mk. monatlich betrug, wurde mit der Einführung der Feuerungszulage von 3 Mk., also ab 1. Mai auf 8 Mk. monatlich erhöht. Natürlich konnten die Kollegen mit einer solchen Regelung nicht zufrieden sein und so wurde am 20. August ein neuer Antrag um eine Lohnerhöhung von 80 Pf. täglich eingereicht. Der Lohn der Unterklasse sollte bisher 2,90 Mk., nun 3,70 Mk. betragen und jährlich um 10 Pf. bis 4 Mk. steigen. Der Lohn der Oberklasse beträgt zurzeit 3,40 Mk. und sollte auf 4,20 Mk. kommen, steigend jährlich um 10 Pf. bis 4,50 Mk. Die niederen Löhne von 2,90 bzw. 3,40 Mk. werden bei gegenwärtig im Winter noch um 20 Pf. gekürzt von etwa Ende Oktober bis Ende Februar, wodurch die Not vervollständigt wird. Am 21. September hat nun der Magistrat eine Lohnerhöhung von 40 Pf. beschlossen, die jährliche Steigerung wurde abgelehnt. Die Löhne betragen jetzt für die Unterklasse 3,30 Mk., für die Oberklasse 3,80 Mk. im Sommer; im Winter, wenn die Kürzung nicht ausdrücklich aufgehoben wird, 20 Pf. weniger. Dazu kommen 60 Pf. tägliche Feuerungszulage, von denen 40 Pf. seit 1. Juli 1915 laufen, die anderen 20 Pf. wurden am 5. Mai 1916 mit Wirkung vom 1. Mai 1916 beschlossen. Dazu tritt weiter die Feuerungszulage von 3 Mk. und 8 Pf. für jedes Kind. Die gesamte Erhöhung seit Kriegsbeginn beträgt also außer der Monatszulage 1 Mk. täglich. Der Lohn der Arbeiterinnen betrug 2,60 Mk., jetzt 3 Mk. und die monatliche Feuerungs- und Kinderzulage. Die Gasarbeiter erhielten statt der 3 Mk. monatlich 10 Pf. Lohnerhöhung pro Tag, jetzt die 10 Pf. dazu; ihr Lohn beträgt jetzt 5,50 Mk. Möglicherweise Gasarbeiter sich ebenfalls der Organisation anschließen, dann kann der Lohn noch weiter verbessert werden.

Elbenburg. Eine gut besuchte Versammlung aller städtischen Arbeiter befaßte sich mit der Lohn- und Feuerungszulage. Die städtischen Arbeiter, die heute eine Entlohnung von 5 Mk., Frauen

bei der Gesamtheit 5,50 Mk. und die Sandwerker im Gas- und Elektrizitätswerk 7 bis 8 Mk. erhalten, verlangen eine den heutigen Verhältnissen entsprechende Aufbesserung ihres Einkommens. Daß die Lage der Elbenburger städtischen Arbeiter bis heute keine bessere ist, ist darauf zurückzuführen, daß der Organisation allzu wenig Beachtung geschenkt worden ist. Die nun am Sonntag, den 28. Oktober, stattgefundene Versammlung hat auch hier gezeigt, daß die Notlage die Arbeiter zusammenführt. Über 20 Kollegen und Kolleginnen ließen sich in die Organisation aufnehmen. Der Gasarbeiter wurde hierauf beauftragt, nachstehende Anträge dem Magistrat zu unterbreiten: 1. Die Löhne werden wie nachstehend erhöht: a) Sandwerker erhalten 10 Mk. pro Tag; b) Eisenarbeiter der Gesamtheit 8 Mk. pro Tag; c) Arbeiter aller Betriebe 7 Mk. pro Tag; d) Arbeiterinnen 6,50 Mk. 2. Die gewährte Feuerungszulage wird neben diesen Löhnen gezahlt. 3. Bei der Straßeneinweitung wird die wöchentliche Lohnzahlung eingeführt. 4. Die Feuerungszulage wird an alle Arbeiter und Arbeiterinnen, die eine Woche tätig sind, gezahlt. — Dem Magistrat ist die Vorlage unterbreitet. Möglicherweise alle noch fernstehenden Mitarbeiter sich unverzüglich der Organisation anschließen.

Aus den deutschen Gewerkschaften

Die deutschen Gewerkschaften nach drei Kriegsjahren. Wir fassen die Uebersichten nachstehend fort:

Vom **Transportarbeiterverband** gibt Redakteur Dreher u. a. folgende Uebersicht: Als im August 1914 der Krieg wie ein Blitz aus heiterem Himmel über Deutschland hereinbrach, traf er den Deutschen Transportarbeiterverband mitten in grundlegender organisatorischer Reformarbeit. Der Verbandstag zu Köln a. Rh. hatte im Juni des gleichen Jahres beschlossen, Staffelmittelgliederbeiträge in vier Stufen, je nach der Wochenlohnhöhe einzuführen. Dieser Beschluß war am 1. Juli in Kraft getreten. Zu den Schwierigkeiten dieser liegenden Reform trat nun die Zerschlagung der Mitgliedschaften durch die Masseneinziehungen zum Kriegsdienst. Höher als in allen and. gewerkschaftlichen Organisationen war die Zahl der Mitglieder des Transportarbeiterverbandes, die sofort zu den Fahnen eilen mußten. Die Arbeiter im Verkehrsberufe sind fast nur gediente Soldaten und die Soldate Angehörige der Marine. Mehr als 7000 Seeleute wurden, weit zurzeit im Auslande befindlich, von jedem Verkehr mit ihrer Organisation gänzlich abgeschnitten. So schnellste denn die Mitgliederzahl des Verbandes von 229.427 am Schlusse des Jahres 1913 auf 123.000 am Ende 1914 zurück. Weitere militärische Einziehungen verminderten den Mitgliederbestand auf 71.762 am Jahresende 1915, und endlich am Schlusse 1916 sank er auf 58.597. Damit war aber auch der Tiefstand erreicht. Seit Beginn des Jahres 1917 befindet sich die Mitgliederzahl ericaulicherweise wieder in langsamem Aufstieg. Zwar brachten auch die Jahre 1916 und 1916 16.283 resp. 15.569 Rekrutierungen, diese Zahl war aber zu gering, um die durch die militärischen Einziehungen entstandenen Lücken auszufüllen. Konform der Verminderung der Mitgliederzahl ging auch die Verminderung der Vertragsleistung. Die Gestaltung der Finanzen des Verbandes ist trotzdem den Umständen angemessen günstig zu nennen. Im Jahre 1915 wurde ein Ueberschuß von 420.698 Mk. erzielt. Für 1916 ist ein Defizit von 18.020 Mk. zu verzeichnen. Es wäre nicht entstanden, wenn nicht der Verband an Krieger- und Kriegerverfamilien die Summe von 254.466 Mk. zu besonderen Unterstützungszwecken ausgegeben hätte. Während der Dauer des Kriegs hat der Verband insgesamt für diesen Zweck 685.942 Mk. aufgewendet. Der Massenbestand des Verbandes hat während der Kriegsdauer eine nur geringe Minderung erfahren, er betrug am 31. Dezember 1913 1.083.861 Mk. und am 31. Dezember 1916 1.063.595 Mk. Diese verhältnismäßig günstige Finanzlage erlaubte es, die zu Kriegsbeginn eingestellten Kranken- und Lebensunterstützung zum erheblichen Teile wieder einzuführen. Die Ausgaben für Lohnbewegungen und Streiks waren während der Kriegsdauer auf ein Minimum zusammengeschrumpft, woraus aber nicht zu schließen ist, daß die Tätigkeit des Verbandes auf dem Gebiete des Lohnkampfes etwa Einschränkungen erlitten hätte. Ganz im Gegenteil, es ist in dieser Beziehung gegenüber den Mitgliedern mehr getan und auch mehr erzielt worden als je vorher. Es wurden für die Mitglieder erzielt: 1914 für 28.600 Beteiligte an Mehrlohn pro Woche 56.635,90 Mk., pro Jahr 2.045.070 Mk., 1915 für 78.730 Beteiligte an Mehrlohn pro Woche 204.611,58 Mk., pro Jahr 10.611.362 Mk., 1916 für 71.483 Beteiligte an Mehrlohn pro Woche 279.141,11 Mk., pro Jahr 14.515.495 Mk.; für den einzelnen, an den Lohnbewegungen beteiligten Arbeiter ergibt das an erzielter Lohnerhöhung im Durchschnitt: 1915 pro Woche 2,60 Mk., pro Jahr 135,20 Mk.; 1916 pro Woche 3,00 Mk., pro Jahr 200,80 Mk. Die Ergebnisse des Jahres 1917 überschreiten schon Ende August die Erfolge des Jahres 1916 ganz erheblich. In all diesen Zahlen ist die neue Form der Feuerungszulagen, die sogenannte Monatszulage, weil zurzeit statistisch nicht genau erfassbar, nicht einbezogen. Diese Zulage erreichte sich 1916 auf 1061 verheiratete Berufsangehörige und betrug 1. bis 5,50 Mk. pro Monat und Kind. Mehr als je gelang es auch bei den Lohnbewegungen andere Forderungen durchzusetzen, als da sind: Bezahlung von Ueber-

stunden und Nacharbeit. Bezahlung von Sonn- und Feiertagsarbeit resp. der Zeit, die für die Pflege der Pferde aufzuwenden ist, usw. Es gelang dem Transportarbeiterverband ferner, nicht nur fast alle seine in Friedenszeiten abgeschlossenen Tarifverträge aufrechtzuerhalten oder zu erneuern, sondern auch in 568 Betrieben für 6027 Personen solche neu abzuschließen. Die Arbeitsnachweise des Verbandes konnten während der Kriegszeit den an sie seitens der Arbeitgeber gestellten Anforderungen nirgends voll genügen — bitterer Arbeitermangel hat die Unternehmer gelehrt, ihre Scheu vor der Benutzung des gewerkschaftlichen Arbeitsnachweises gründlich zu überwinden. Zur Unterbringung der Kriegserlehten sind mit den Unternehmerverbänden Arbeitsgemeinschaften errichtet worden, die ihre für die Kriegswirtschaften segensreiche Tätigkeit bereits weitgehend ausüben.

Christlichnationaler Arbeitertag. Die christlichnationalen Gewerkschaften hatten vom 24. bis 30. Oktober in Berlin eine Verengung ab. Es waren 400 000 Mitglieder dort vertreten, im Frieden umfaßten die christlichnationalen Verbände 1½ Millionen Arbeiter und Angestellte. Der Rückgang erklärt sich ähnlich wie bei den freien Gewerkschaften aus der großen Zahl der Einberufungen. Die Tagung erhielt ihre besondere Wichtigkeit durch die Anwesenheit zahlreicher Regierungsbekannteten und bürgerlicher Parteiführer, unter denen sogar Graf Westarp nicht fehlte, ein Beweis dafür, daß man auf die Gewinnung der christlichnationalen Arbeiter für besondere politische Zwecke heute noch mehr Gewicht legt als schon in Friedenszeiten. Einflußreich herrschte freilich in den Reden der christlichen Arbeitervertreter noch ein Ton, an dem die Gegner des sozialen Fortschrittes wenig Freude erleben. Vorherrschend des Kongresses ist Generalsekretär Stegerwald, der während der Tagung seine Berufung ins preussische Herrenhaus auf Lebenszeit erhielt. Aus seiner Ansprache über die deutsche Arbeiterschaft sind folgende Sätze bemerkenswert: „So wie in den letzten Wochen kann es nicht weitergehen. Ein großer Teil des Volksertrags ist in den drei Kriegsjahren verwirrt worden. Daß sich die Regierung eine Förderung des Volkes nach der anderen hat abringen müssen, war ein bedauerliches Schauspiel. Gefordert muß werden: Politische Gleichberechtigung aller Staatsbürger in Staat und Gemeinden. Durch Beseitigung aller Klassenprivilegien auf dem Gebiete der Volksernährung und Volkserziehung hat das Mögliche zu geschehen.“ In der Eröffnungsansprache wurden von Regierungsbekannteten und Reichstagsabgeordneten Ansprachen gehalten. Dabei wies Generalsekretär Dr. Schwander darauf hin, daß im Wirbel ungewöhnlicher Ereignisse, in dem wir stehen, nichts mehr nottue, als unerschütterliches Vertrauen in unsere Kraft, festes Zusammenhalten und treue Pflichterfüllung im Innern. In Zukunft darf auch nicht eine Stunde der kostbaren Arbeitszeit ohne Erzeugung wirtschaftlicher Werte vorübergehen. Dem, was das Deutsche Reich in seiner sozialen Gesetzgebung und seinem Arbeiterrecht geschaffen hat, hat kein anderes Land auch nur einigermaßen Gleichwertiges an die Seite zu setzen. Die Regierung wird ernstlich prüfen, wie das Arbeiterrecht von unnötigen Hemmungen zu befreien ist, wird den Arbeitern und Angestellten die Mitwirkung und Vertretung im Staatswesen zulassen, wie sie andere Berufsstände bereits besitzen und die gezielte Grundlage einer Berufs- und Organisationsarbeit den Bedürfnissen der Zeit anpassen. Der erste Teil der Sitzung am 29. Oktober war einer Aussprache über dringende Aufgaben der Sozialpolitik gewidmet. Der Referent Reichs-Eberhard forderte für die Ubergangswirtschaft Maßnahmen, durch welche die Interessen der Arbeiter und Angestellten gewahrt werden, besonders eine Vertretung der Arbeiter und Angestellten im Reichstag des Reichskommissars für Ubergangswirtschaft, geregelte Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenunterstützung aus staatlichen Mitteln, Erlass eines Arbeitslammengesetzes. Aber das genüge nicht. Vor allem müsse das *Moralitätsrecht* von allen hemmenden Fesseln befreit werden. Der § 153 der Gewerbeordnung müsse aufgehoben und die Koalitionsfreiheit durch strafrechtliche Bestimmungen geschützt werden. Weiter forderte der Referent ein einheitliches Landarbeiterrecht und Reform der Gewerbeordnung. Auch den Staatsarbeitern müsse das Koalitionsrecht gewährt werden. Wenn sie auf das Mittel der Arbeitseinstellung verzichten, so müssen ihnen als Ersatz dafür Einrichtungen zugestanden werden, mittels derer sie auf die Gestaltung ihrer Lohn- und Arbeitsverhältnisse einwirken können. Die jetzt geltenden Schutzvorschriften für die in der Industrie beschäftigten Frauen und Jugendlichen müssen unbedingt innewohnen werden. Die außer Kraft gesetzten Schutzbestimmungen sind nach dem Kriege nicht nur wiederherzustellen, sondern zu vermehren und zu erweitern. Den Kriegserlehten will der Referent einen geordneten Rechtsweg zur Reibung ihrer Rechte zugestanden wissen. Ferner trat er ein für Wohnungsreform, zur Förderung des Gewerkschaftswesens und gerechte Verteilung der Steuerlasten. Die Diskussionsredner traten in Uebereinstimmung mit dem Referenten für Fortführung und Verbesserung der Sozialgesetzgebung ein. Der Kongress nahm zwei Resolutionen an, die sich im wesentlichen mit den vom Referenten vertretenen Forderungen decken. Der zweite Teil der Sitzung wurde eingeleitet durch ein Referat des Redakteurs Weder-Berlin über die Wohn- und Lebensmittelversorgung im vierten Kriegswinter. Der Redner kritisierte die vielen Mängel, die wir seither auf diesem

Gebiete erlebt haben und forderte Maßnahmen, welche eine gerechte und möglichst gleichmäßige Versorgung der Bevölkerung mit Wohn- und Lebensmitteln gewährleisten. Mit großer Entschiedenheit beurteilte er die Preissteigerungen und den Lebensmittelmangel. Diesem Treiben gewisser Interessentengruppen, unter dem die Arbeiter und der Mittelstand schwer leiden, dürfte die Regierung nicht länger zusehen. Der Referent hält auch eine Aufteilung der großen Güter zur Schaffung lebensfähiger Kleinvermögensstellen für empfehlenswert. Zu den Wünschen, welche verschiedene Redner hinsichtlich der Brot- und Kartoffelversorgung ausgesprochen hatten, führte Generalsekretär Braun aus, es werde unter allen Umständen versucht werden, die gegenwärtige Protraktion während des ganzen Wirtschaftsjahres durchzuführen. Zur vollen Erhebung des Getreidebedarfs im kommenden Winter bedarf es Getreide bereits in der Hand der Reichsgetreidestelle sei, und daß dabei alle Gefahr der Verschwendung und des Verderbens beseitigt sei. Die Kartoffelernte sei eine gute gewesen, aber er warne vor einer Ueberschätzung infolge von Einzelergebnissen. Man habe mit durchschnittlich 65 Zentnern Kartoffeln pro Morgen gerechnet, das macht etwa 30 Millionen Tonnen. Es scheint aber das Gesamtergebnis um 4 bis 4½ Millionen Tonnen höher zu sein. Endgültige Zahlen sind nicht vor dem 5. November möglich. Bis dahin kann der von verschiedenen Rednern erhobenen Forderung der Erhöhung der Kartoffelration auf zehn Pfund nicht entsprochen werden. In der Sitzung vom 30. Oktober sprach Graf Potjomkin über die Versorgung von Kleinwohnungen nach dem Kriege. Die Wohnungsfrage sei nicht nur eine hygienische, sondern eine eminent politische Frage. Es soll sich ein Auftrieb der Arbeiterklassen zum Wohl des Ganzen vollziehen. Anstelle kostspieliger Schmutzplätze sollten Kinderspielplätze angelegt werden. Redakteur Gaiteiger-München trat dafür ein, daß Landesversicherungsanstalten, Krankenkassen, Berufsvereinigungen, Ansparskassen, dann aber auch die Kirchen ihre Gelder dem Kleinwohnungsbau zur Verfügung stellen. In der Aussprache wurden Forderungen erhoben auf eine Einrichtung zur Beschaffung von Möbeln, damit die Arbeiterschaft frei komme von den Abzahlungsgeheimnissen. Die beantragten Entschädigungen wurden einstimmig angenommen. Nach einem zusammenfassenden Schlußwort Stegerwalds wurde der Kongress geschlossen.

◆ Internationale Rundschau ◆

Schweiz. Eine internationale Konferenz der Arbeiter öffentlicher Betriebe sollte am 15. und 16. Oktober in Bern stattfinden. Wie nun das Internationale Sekretariat mitteilte, war die Abhaltung nicht möglich, da eine bestimmte Zulage nur von Schweden und der Schweiz vorlag. Deutschland hatte sein Kommen zugesagt, Frankreich und England blieben in Schwaben. Am schwerwiegendsten war wohl die Lage. Die Konferenz ist daher aufgehoben worden.

◆ Rundschau ◆

Rundgebung des Deutschen Wohnungsausschusses. Eine eindrucksvolle Rundgebung zur Verbesserung beschleunigter Maßnahmen auf dem Gebiete der Wohnungserforschung veranstaltete der Deutsche Wohnungsausschuss am 30. Oktober d. J. in Berlin. Es beteiligten sich an ihr in großer Zahl nicht nur die Vertreter der eigentlichen Wohnungsreformkommission, sondern es war weit darüber hinaus eine Rundgebung der großen, an der Abstellung und Vorbeugung der Uebelstände interessierten Volkstriebe überhaupt, die durch zahlreiche Abgeordnete der einschlägigen großen Organisationen vertreten waren. Die an der Frage beteiligten Behörden, wie Reichswirtschaftsamt, Reichsjustizamt, Reichsmarineamt, die preussischen Ministerien für öffentliche Arbeiten, für Handel und Gewerbe, des Innern, für Landwirtschaft usw., die Landesversicherungsanstalten, Gemeinden und sonstigen Kommunalverbände hatten ebenfalls Vertreter entsandt. Auch der Reichstag und die beiden Häuser des Preussischen Landtags waren durch eine Anzahl ihrer Mitglieder vertreten. Die zur Verhinderung des an vielen Orten drohenden Wohnungsnotstandes in erster Linie dringend erforderlichen Maßnahmen behandelte Prof. Dr. C. J. Fuchs-Tübingen in längerem Vortrage, dem folgende Leitsätze zugrunde lagen:

Die am 30. Oktober 1917 in Berlin im „Reingold“ auf Einladung des Deutschen Wohnungsausschusses tagende Vertreterversammlung zahlreicher großer Organisationen und sonstiger Wohnungsreformtreue erklärt:

1. Eine durchgreifende Wohnungs- und Siedlungsreform ist ein unabwiesbares Lebensbedürfnis unseres Volkes, namentlich auch gegenüber der drohenden Gefahr einer Wohnungsnot nach dem Kriege und gegenüber den berechtigten Ansprüchen unserer aus dem Felde heimkehrenden Truppen. Die Inangriffnahme dieses Wertes kann nicht ohne den größten Schaden noch länger aufgeschoben werden.

II. Als nächste wichtige Schritte der Wohnungsreform sind insbesondere zu fordern: I. Zur Lösung der Wohnungsfrage:

Besondere Maßnahmen zur Beschaffung von Land aus privater Hand durch Ausgestaltung des Enteignungsrechts, Vorkaufsrechts usw., billige Vergabe fiskalischen, kommunalen und sonstigen öffentlichen Landes, sowie Gründung großer gemeinnütziger Boden- und Siedelungsgesellschaften mit weitgehender öffentlicher Hilfe. 2. Zur Lösung der Kapitalfrage: Gewährung großer Darlehen und Bürgschaften für den Wohnungsbau durch Reich, Staat und Gemeinden, sowie organische Eröffnung neuer und Verbesserung bestehender Geldquellen für die Zwecke des Wohnungswesens. 3. Verbesserung der Verwaltungssorganisation für das Wohnungswesen durch Errichtung einer Zentralstelle für die gesamte Wohnungsfürsorge im Reichsamt des Innern, Bestimmung eines im Wohnungswesen führenden Ministeriums in Preußen und Durchführung einheitlicher Maßregeln in wirtschaftlich zusammenhängenden Gebieten. 4. Das baldige Zustandekommen der preussischen Wohnungsgesetzgebung."

Nach einmütigen Zustimmungserklärungen von Reichstags- und Landtagsabgeordneten der verschiedensten politischen Richtungen und einer größeren Anzahl von Vertretern der Verbände, insbesondere der Arbeiter- und Angestelltenverbände, wurden die vorgelegten Leitsätze einstimmig zum Beschluß der Versammlung erhoben. Nächsten nun endlich von den zuständigen Stellen durchzuführende Maßnahmen zur Verwirklichung der Ziele erfolgen, die von dem einstimmigen Willen aller getragen werden, denen der Wiederaufbau der deutschen Volksgesundheit und der deutschen Volkskraft am Herzen liegt.

Die leerstehenden Wohnungen in Groß-Berlin. Zum Ende dieses Jahres ist in Groß-Berlin eine Zählung der leerstehenden Wohnungen erfolgt. Sie erstreckte sich auf 40 Gemeinden mit einer Einwohnerzahl von 3,9 Millionen. Nach der Zählung betrug die Gesamtzahl aller leerstehenden Wohnungen 47 383 gegen 61 770 am 15. Mai v. J. Die leerstehenden Wohnungen haben demnach um rund 14 000 oder etwas über ein Fünftel abgenommen. Hierdurch ist das Verhältnis der leerstehenden zu den vorhandenen Wohnungen von 5,5 auf 4,2 Proz. gesunken. Der Rückgang erstreckt sich auf alle Wohnklassen. Die leerstehenden Kleinwohnungen, d. h. die Wohnungen mit nicht mehr als zwei Zimmern, sind von 41 458 auf 34 127, also um 7 331 oder 17,7 Proz., zurückgegangen. Für einzelne Vororte und auch für bestimmte Gegenden sind die Verhältnisse des Wohnungsmarktes bereits sehr ungünstig. In den Vororten des Westens und Südwestens von Groß-Berlin stehen an leeren Kleinwohnungen ohne Betriebsstätten nur noch 1 Proz., an mittleren Wohnungen nur noch 2,1, in denen des Südens und Südostens für die gleichen Wohnungsgattungen noch 1,1 und 1,6, in denen des Ostens und Nordostens noch 2,6 und 2,3 und in denen des Nordens und Nordwestens noch 1,5 und 1,7 Proz. den Wohnungssuchenden zur Verfügung.

Die Arbeitslosigkeit im dritten Vierteljahr 1917. Die Arbeitslosenziffer des letzten Stichtages im abgelaufenen Quartal stellt einen Rekord dar. Sie ist die niedrigste, die seit Veranstaltung der regelmäßigen Erhebungen des nation. Statistischen Amtes über die Arbeitslosigkeit in deutschen Fachverbänden an diesem Stichtage erreicht wurde. Es wurde überhaupt nur einmal, im August 1916, erreicht noch um 0,1 Proz. niedrigere Ziffer festgesetzt. An der Erhebung, über die im Reichs Arbeitsblatt berichtet wird, waren diesmal 33 Fachverbände mit 1 044 035 Mitgliedern beteiligt, von denen 94,1 Proz. von der Berichterstattung erfaßt wurden. Von diesen waren an den drei Stichtagen, am 28. Juli, 25. August und 29. September 7807, 7858 und 7875 Personen, gleich 0,8 Proz. als arbeitslos am Ort und auf der Reise gemeldet. Im Vorjahre hatte die Arbeitslosigkeit an denselben Stichtagen noch 2,4, 2,2 und 2,1 Proz. betragen. Im Vergleich mit den Ergebnissen früherer Erhebungen zeigt sich folgendes Bild:

Ende	1907	1908	1909	1910	1911	1912	1913	1914	1915	1916	1917
Jan.	1,7	2,9	4,2	2,6	2,6	2,9	3,2	4,7	6,5	2,8	1,7
Febr.	1,0	2,7	4,1	2,3	2,3	2,6	2,9	3,7	5,1	2,8	1,6
März	1,3	2,5	3,5	1,3	1,9	1,6	2,3	2,8	3,3	2,2	1,4
April	1,3	2,8	2,9	1,8	1,8	1,7	2,3	2,8	2,9	2,3	1,6
Mai	1,4	2,8	2,8	2,0	1,6	1,0	2,5	2,8	2,9	2,5	1,0
Juni	1,4	2,9	2,8	2,0	1,6	1,7	2,7	2,5	2,5	2,5	0,9
Juli	1,4	2,7	2,5	1,9	1,6	1,8	2,9	2,9	2,9	2,4	0,8
August	1,4	2,7	2,3	1,7	1,8	1,7	2,8	2,4	2,6	2,2	0,8
Sept.	1,4	2,7	2,1	1,8	1,7	1,5	2,7	15,7	2,6	2,0	0,8
Okt.	1,6	2,9	2,0	1,6	1,5	1,7	2,8	10,9	2,5	2,0	—
Nov.	1,7	3,2	2,0	1,6	1,7	1,8	3,1	8,2	2,5	1,7	—
Dez.	2,7	4,4	2,6	2,1	2,4	2,8	4,8	7,2	2,6	1,6	—

Nah man die einzelnen Gewerbegruppen näher ins Auge, so zeigt es sich, daß die ungünstigsten Arbeitsverhältnisse in der Maschinenindustrie und Metallverarbeitung sowie im Baugewerbe herrschen, in denen Ende September nur 0,1 Proz. Arbeitslose gezählt wurden. Es folgt das Berufsfaltungs-gewerbe mit 0,2, das Verlags-gewerbe mit 0,3 Proz., die Leder-industrie und die Industrie der Holz- und Schnitzstoffe mit je 0,5 Proz., die Industrie der Nahrungs- und Genussmittel mit 0,7 Proz. Das Reinigungs-gewerbe hatte 1,3 Proz., die Papierindustrie 1,5 Proz. und die Industrie der Steine und Erden 1,7 Proz. Arbeitslose. Die höchsten

Prozentfäße weist die Textilindustrie (sicht Spinnstoffgewerbe genannt) mit 3,1 Proz. und die Bekleidungs-gewerbe mit 24,0 Proz. auf. An dem allgemeinen Rückgang der Arbeitslosigkeit hatte auch die weibliche Mitgliedschaft teil. Sie erreichte mit 2,3 Arbeitslosen den niedrigsten Stand, den sie seit Kriegsbeginn innegehabt hat. Immerhin war sie noch admtal so groß wie die der männlichen Mitglieder, die am gleichen Stichtage nur 0,3 Proz. betrug. Endlich dürfte es noch interessieren, die Arbeitslosigkeit in den großen Verbänden kennen zu lernen. Die Metall- und Bauarbeiter verzeichneten am letzten Stichtage je 0,1 Proz. Arbeitslose, Fabrikarbeiter 0,2 Proz., Transportarbeiter 0,4, Holzarbeiter 0,5, Textilarbeiter 4,3, Gemeindearbeiter 0,1 Proz. Es ist anzunehmen, daß das laufende Vierteljahr einesteils infolge des Einflusses der Jahreszeit, andererseits wegen des bei einzelnen Industrien allmählich noch schärfer hervortretenden Materialmangels wieder steigende Ziffern von Arbeitslosigkeit bringen wird.

Die Volksfürsorge, das Versicherungsunternehmen der in den freien Gewerkschaften und im Zentralverband deutscher Konsumvereine organisierten Arbeiterschaft, hat während des Krieges auch in Berlin weitere Fortschritte zu verzeichnen gehabt. Gegenüber 1422 Neuaufnahmen im ersten Kriegsjahre sind in den verfloffenen 6 Monaten dieses Jahres bereits 1735 zu verzeichnen. Allein in der Rechnungsstelle Berlin ist bisher die Summe von 4 402 087 Mk. verbüßt worden, ein Beweis, wie fest bereits die Volksfürsorge Wurzel in der Berliner Arbeiterschaft gefunden hat. Als Entschädigung zahlt die Volksfürsorge pro Aufnahme 1 Mk., falls jedoch gleichzeitig mehrere Aufnahmen in einer Familie erfolgen, für die erste 1 Mk. und jede weitere 40 Pf. Bei den Vorteilen, welche die Volksfürsorge für die Arbeiterschaft bietet, rechnen wir damit, daß unsere Kollegen sich zur Mitarbeit bereit erklären, und wie es gelungen ist, die übrigen Organisationen der Arbeiter groß und klein zu machen, daß das auch hinsichtlich der Volksfürsorge gelingt. Dafür zu sorgen, ist die Pflicht der Gewerkschaften, und nehmen wir deshalb an, daß unser Appell nicht vergeblich bleibt. Die Rechnungsstelle in Berlin befindet sich EC. 16, Engelauer 18 III.

Wegen den hohen Kartoffelpreis und gegen die niedrige Tagesmenge von 1 Pfund wendet sich nach Dr. Heim nun auch ein medlenburgerischer Großgrundbesitzer, Herr von Pleßen-Nez: „Trotz der guten Kartoffelernte sind, wohl vorzeitig und in Unkenntnis der Größe der Ernte, Kartoffelpreise festgesetzt worden, die ohne Berechtigung sind. Nachmänner im Kartoffelhandel erklären übereinstimmend, daß in Friedenszeiten eine derartig große Kartoffelernte einen Preis von etwa 2 1/2 Mk. franko Station des Produzenten bringen würde. Sicher ist, daß keinesfalls ein höherer Kartoffelpreis von 2,50 Mk. denkbar sein würde. Wenn nun ein Höchstpreis von 5 Mk. zuzüglich einer Schnelligkeitsprämie von 1/2 Mk. festgesetzt worden ist, so ist das mehr wie doppelter Friedenspreis. Ein solcher Preis entbehrt der Berechtigung. Die Kartoffel ist ein demot notwendigstes Lebensmittel, daß sie auch für den Armeren in ausreichendem Maße zu mäßigen Preisen erhältlich sein muß, jedenfalls zu einem Preise, der den allgemeinen Einkommensverhältnissen unbenutzelter angemessen sein muß. Niemand wird behaupten wollen, daß ein Produzenten-Engrospreis von 5,50 Mk. diesem Erfordernis entspricht. — Dazu kommt, daß aus übertriebener Emsigkeit trotz der guten Kartoffelernte die Behörden nur ein Kopfmengen von 7 Pfund je Woche bisher bewilligt haben. Die reichliche Kartoffelernte gestattet es, daß nach den schweren Entbehrungen des letzten Jahres jedermann sich täglich zweimal reichlich an Kartoffeln satt essen kann. Das zu verhindern wäre unrecht, und man wird es bedauern, Beschränkungen gemacht zu haben, wenn erst wieder Kartoffeln verkauft sein werden. — Angesichts der recht guten Kartoffelernte ist es nicht zu verantworten, einen höheren Höchstpreis als 3 Mk. ab Produzentenstation festzusetzen. Für Lieferungen bis 15. November mag dann noch eine Schnelligkeitsprämie von 50 Pf. hinzukommen, länger wie bis zu diesem Zeitpunkt kann von Schnelligkeit kein Rede mehr sein. Die Ausdehnung der Schnelligkeitsprämie bis zum 15. Dezember erregt allgemeines Erstaunen. Zweifellos ist ein Friedenspreis von 3,50 Mk. selbst in den knappen Kartoffeljahren etwas kaum Gehörtes gewesen; es ist unerfindlich, weshalb in einem reichen Kartoffeljahr dem ohnehin unter der allgemeinen Feuerung schwer leidenden Konumenten der Preis über den höchsten Friedenspreis hinaus verteuert werden soll, um so mehr, als bei der allgemeinen Knappheit an Fleisch und Fett und den geringen Proportationen die reiche Kartoffelernte als ein wahres Gottesgeschenk erdheim und gerade den Unbemittelten und Armen in reichlichem Maße zu einem mittleren Preise zur Verfügung stehen sollte. Wir können nicht umhin, einen Kartoffelproduzentenpreis von 3,50 Mk. einschließlich Schnelligkeitsprämie als einen schwereren Mißgriff zu bezeichnen, der nur dadurch hervorgerufen sein kann, daß die Behörden in Unkenntnis von dem wirklichen Umfang der Kartoffelernte und in der Beforgnis, daß zuviel Kartoffeln gebraucht werden könnten, einen der tatsächlichen Lage gänzlich unangemessenen Preis festgesetzt haben.“ — Wird das Kriegsernährungsamt nun den Kartoffelpreis herabsetzen oder werden die Landwirte den Preis freiwillig um 2 Mk. senken?

Kohlen nach Gewicht! Bei Gemise und Löh, das in Friedenszeiten noch vielfach nach Gewicht abgegeben wurde, ist man in der Kriegszeit zum pfundweisen Verkauf übergegangen, weil dadurch

die Verbraucher am leichtesten vor Ueberschreitungen geschützt werden können. Merkwiürdigerweise ist die gleiche Erkenntnis noch nicht Eigentum der Kohlenverteilungsstelle in den Karten geworden, obwohl den dort arbeitenden Sachverständigen längst aus der Friedenszeit bekannt sein mußte, daß bei der Abgabe von Preßkohlen nach Stück, statt nach Gewicht, die Verbraucher meistens geschädigt werden, da die Kohlen nicht immer gleiche Größe haben und meistens unter dem Gewicht von 450 Gramm bleiben, das sie angeblich haben sollen, während schwerere Kohlen wohl überhaupt nicht vorkommen. Eine Bestimmung, daß Kohlen auf Kohlenarten nur nach Gewicht verkauft werden dürfen, hätte übrigens auch durchaus im Interesse der wirksamen Durchführung der Vorschriften der Kohlenstelle gelegen, denn die Kohlenhändler bekommen ihre Kohlenmengen nach Gewicht vom Großhändler zugewiesen. Da nun die Abgabe an den Verbraucher nur dem Namen nach halbgutnerweise, in Wirklichkeit aber nach Stückzahl erfolgt, wobei, wie wiederholt nachgewiesen wurde, die vorgerichtliche Beweismenge nicht erreicht wird, so verbleiben dem Kohlenhändler größere Mengen Kohlen, über deren Abgabe er keine Rechenschaft abzugeben hat, wobei der Bevorzugung der „guten“ Kunden und dem Schleichhandel wieder einmal Tür und Tor geöffnet wird.

Salzpreise. Kürzlich ging durch die Zeitungen die Nachricht, daß das Deutsche Steinsalzmonopol in Stassfurt die Preise für Salz um 100 Proz. erhöht hätte. Dadurch wurde der Eindruck hervorgerufen, daß die Preise für Speisesalz eine ganz wesentliche Erhöhung erfahren müßten. Dies ist unzutreffend. Speisesalz wird im wesentlichen von dem Verbände Norddeutscher Salinen geliefert, die den Preis für 100 Kilogramm unversehrtes Speisesalz vom 1. Januar 1917 von 4,80 Mk. lediglich am 1. August 1917 um 70 Pf. auf 5,50 Mk. erhöht haben. Der Preis des Steinsalzes andererseits ist auch jetzt nach der erfolgten Erhöhung wesentlich niedriger als der Preis des Salinensalzes. Da die Hauptmenge Speisesalz — in Friedenszeiten etwa 97 Proz. — auch jetzt im Krieg von den Salinen geliefert wird, so liegt ein Anlaß zu einer nennenswerten Erhöhung der Speisesalzpreise zurzeit nicht vor. Die Preisprüfungsstellen sind durch eingehendere Angaben über die Sachlage aufgeklärt worden. Dringend muß aber vor der übereilten Uebereinkunft mit Salz seitens der Bevölkerung gewarnt werden, da genügende Mengen Salz zur Verfügung stehen. Wo Salznot aufzutreten ist, ist sie von vorübergehenden Störungen infolge von Transportschwierigkeiten abzuweichen, lediglich auf Sammelerei einzelner Bevölkerungsteile zurückzuführen.

◆ Eingegangene Schriften und Bücher ◆

Verhang zur vollständigen Erlernung der vereinfachten deutschen Stenographie (Einigungsstern Stolze Schreb), bearbeitet von Paul Barthel, herausgegeben vom Arbeiter-Stenographenverein Stolze Schreb, Groß Berlin. Verlag: Fritz Schläus, Berlin N., Jionskirchstraße 21, 1917. 32 Seiten. Preis 75 Pf. Die Kurzschrift hat sich im Laufe ihrer Entwicklung immer mehr von einer bloßen Redezeichenkunst zu einer Schrift für den täglichen Gebrauch umgebildet. Je weiter diese Umwandlung fortschritt, desto mehr fand die Kurzschrift auch in den breiten Massen des Volkes Eingang und verschiedene neuere Systeme erwarben sich in der Arbeiterenschaft eine zahlreiche Gemeinde. Zu diesen Systemen gehört vor allen Dingen das Einigungsstern Stolze Schreb, dessen Pflege und Verbreitung in der arbeitenden Bevölkerung sich der Arbeiter-Stenographenverein zur Aufgabe gemacht hat. Die größte Zweigstelle dieser Organisation, die Mitgliedschaft Groß Berlin, ist jetzt sogar zur Herausgabe eines neuen Lehrbuches übergegangen, das von Paul Barthel, Redakteur an der „Presdener Volkszeitung“, bearbeitet worden ist. Die Anordnung des Stoffes, die Fassung der Regeln und die Auswahl der stenographischen Beispiele verraten den erfahrenen stenographischen Theoretiker und Praktiker und den geschulten Stenographielehrer, der auf eine langjährige Unterrichtstätigkeit zurückblicken kann. Das Buch verfolgt den Grundsatz, vom Leichteren zum Schweren zu gehen und macht dadurch das Erlernen der Kurzschrift zu einer bis zur letzten Aufgabe fesselnden und ständig neu anregenden Beschäftigung. Das gut ausgestattete Buch, mit den klaren Vorschriften, Beispielen und Erläuterungen dürfte geeignet sein, der Kurzschrift in den Reihen der Arbeiterenschaft zahlreiche Freunde zu erwerben.

Wir oder Nicht? Kern- und Nachschlagewerk für den Selbstunterricht in der deutschen Sprache. Leitaden zum Gebrauch der Kürzwörter. Leichtfaßlich dargestellt von Karl Mann, Lehrer. Verlag v. Schwarz u. Comp., Berlin C. 14, Presdener Straße 40. Preis 1,25 Mk. — Wer die Kürzwörter „mir oder mich, Dir oder Dich, Ihnen oder Sie, ihm oder ihn, dem oder den usw.“ falsch anwendet oder überhaupt den dritten und vierten Fall verwechselt, wird mit Recht als ungebildeter Mensch gelten, der mit der deutschen Sprache auf dem Kriegsfuß steht. Durch ein einziges falsches „Nicht“, ein unrichtiges „Sie“ oder „Ihnen“ setzt man sich der Gefahr aus, verlacht, oder in seinem Fortkommen behindert zu werden. — Allen, die sich bewußt sind, falsch zu sprechen und zu schreiben, bietet das Buch Gelegenheit, ihre Bildung zu vervollständigen, und außer vielem anderen den richtigen Gebrauch der Fälle müdeless zu erlernen.

Mitte November erscheint:

Notiz-Kalender für Gemeinde- und Staatsarbeiter

1918

Preis 1,50 Mark, für Mitglieder 90 Pfennig

Aus dem Inhalt:

Geleitwort. Vom Verbandsvorsitzenden Richard Heckmann — Der Verband im Kriegsjahr 1916 — Tabellen über Kriegsbeschäftigten und Teuerungszulagen — Der Verband im Rahmen der freien Gewerkschaften — Bevölkerungspolitik, Mutterschutz und Säuglingsfürsorge — Der Kleingartenbesitzer (Anleitung für den Anbau). Beilage: Karte von Deutschland (dreifarbig) mit Gauerteilung des Verbandes.

Bestellungen müssen schnellstens bei den Vorständen der Filialen bewirkt werden. Einzelmitglieder können den Kalender direkt vom Verbandsbureau, Berlin W. 57, Winterfeldtstraße 24, beziehen. Der Verbandsvorstand.

◆ Briefkasten ◆

Offenbach. Wie uns berichtigen mitgeteilt wird, muß es in unserem Bericht („Gewerkschaft“ 43) heißen Stadtr. Reumann (statt Raumann), sowie Stadtr. Ulrich (statt Uleisch). Wir verknüpfen damit die freundliche Mahnung an alle Schriftführer, Namen besonders deutlich zu schreiben! Die Redaktion.

Von Nr. 11 der „Sanitätswarte“ fehlen uns ca. 150 Stück! Wir bitten die Filialen dringend, uns überschüssige Exemplare unverzüglich einzusenden. Die Expedition.

Colenliste des Verbandes.

Heinrich Berges, Hanau

Kalorienanzünder

† 4. 10. 1917, 70 Jahre alt.

G. Cramer, Frankfurt a. M.

Tagelöhner

† 18. 10. 1917, 54 Jahre alt.

Hermann Giesner, Döbeln

Straßenreimiger

† 26. 10. 1917, 65 Jahre alt.

Pauline Kenter, Berlin

Arbeiterin

† 30. 10. 1917, 67 Jahre alt.

Hermann Reich, Dresden

Straßenreimiger

† 27. 10. 1917, 64 Jahre alt.

Gotthold Treuter, Jena

Arbeiter

† 14. 10. 1917, 42 Jahre alt.

A. Welz, Mainz-Jahrbach

Übergärtner

† 6. 10. 1917, 34 Jahre alt.



Opfer des Weltkrieges:

Hans Harrasch, Hamburg

am 4. Oktober 1917 im Alter

von 32 Jahren gefallen.

Robert Ohmann, Breslau

am 2. Oktober 1917 im Alter

von 19 Jahren gefallen.

Arno Hille, Sebnitz

am 19. Oktober 1917 im Alter

von 43 Jahren gefallen.

Emil Sekel, Planen i. V.

am 31. Oktober 1917 im Alter

von 43 Jahren i. Felde verunglückt.

Alfred Häbel, Gera

am 19. Oktober 1917 im Alter

von 32 Jahren gefallen.

Franz Soltjck, Schöneberg

am 9. Oktober 1917 im Alter

von 38 Jahren gefallen.

Ehre ihrem Andenken!